

DIE PRESSEFREIHEIT STÖSST IMMER AN DIE GRENZEN WIRTSCHAFTLICHER INTERESSEN.

DEMOKRATIE
MEDIEN

8A

Welcher Schweizer Redaktor einer grossen Zeitung könnte es sein, der einmal den Zusammenhang zwischen Zins, Reichtum, Wachstumszwang, Arbeitslosigkeit und Armut so thematisiert, dass es verständlich ist für Menschen, die darüber noch nie etwas gehört oder gelesen haben?

Der Leserschaft werden die Zusammenhänge nie erklärt. Stattdessen wird man mit möglichst vielen „wissenschaftlich“ anmutenden Details überfordert, so dass man sein Unverständnis seiner eigenen Unfähigkeit zuschreibt und abschaltet. Das ist der eine Teil der „Pressefreiheit“. Der andere ist leiser, da wird nur geschwiegen.

Wenn zum Beispiel ein grosser Buchverlag plötzlich einen Titel herausbringt, in dem die Machenschaften der Pharma-Industrie akribisch recherchiert nachgewiesen werden, dann findet man in den grossen Medien nicht eine einzige Rezension über dieses Buch. Ein Redaktor, der trotzdem so etwas versuchen wollte, wird entweder unbegründet gebremst oder aus ganz anderen Gründen entlassen.

So pflegen Industriekonzerne, Medienkonzerne, Universitäten, Institutionen, Berufsverbände, Parteien und Personen mit verstehendem Nicken oder bei Bedarf mit harten Bandagen ihre gemeinsamen Interessen und Pfründe und Profite auf Kosten auch der Pressefreiheit und damit der demokratischen Freiheit.

Auch in den Wirtschaftswissenschaften ist es üblich und aus vielerlei Gründen persönlich vorteilhaft, das Geld zwar akribisch zu „analysieren,“ nicht aber seine verheerende Wirkweise zu thematisieren. Und so verlassen immer wieder neue Wirtschaftswissenschaftler die Hochschulen mit den alten, ehernen Glaubenssätzen, zu denen auch die Unantastbarkeit des Zinses gehört.

Grosse Vermögen bauen sich üblicherweise zum grössten Teil aus Kapitalerträgen auf, das heisst aus Zinseinnahmen, die ohne eigene Arbeit erzielt werden. Aber Zinsen fallen nicht vom Himmel, sondern müssen von allen anderen erarbeitet und gezahlt werden, auch wenn sie keine eigenen

Schulden haben. Mehr noch: Während jeder kleine Arbeiter oder Angestellte von seinem kleinen Lohn Sozialabgaben an den Staat abtreten muss, sind Kapitalerträge auch von solchen Abgaben befreit. Auf diese eigentlich doppelt skandalöse Art und Weise wird auf der einen Seite immer mehr Geld zu immer mehr Geld gehäuft und auf der anderen Seite immer mehr Mangel erzeugt. Die Folge sind immense Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden, kleinen Unternehmen und „kleinen“ Leuten.

Damit befindet sich aber die wirtschaftliche Realität einer absoluten Mehrheit der Schweizer Bürger ausserhalb der von der Verfassung vorgegebenen Grundrechte wie Freiheitsrecht, Gleichheitsgrundsatz, Eigentumsrecht und Sozialstaatlichkeit.

Wie ist das möglich? Einfach so: Der Gesetzgeber hat das Geldsystem nie problematisiert und nie zum Gegenstand demokratischer Untersuchung und Entscheidung gemacht. Trotzdem nennt sich unser Staat demokratisch. Trotzdem steht in der Präambel zur Bundesverfassung der schweizerischen Eidgenossenschaft, „dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.“ Da muss jemand die Feder geführt haben, der nichts von den wirklichen Wirkmechanismen des Geldes versteht. Und also auch nichts davon, wie die Geldmacht mit ihren Privatisierungsansprüchen die Staatsmacht aushöhlt und ablöst.

Denn immer mehr weicht die sprichwörtliche eidgenössische Solidarität mit den Schwächeren einer Diktatur der Stärkeren, die nicht nur staatliche Leistungsbereiche privatisieren wollen, sondern auch die Entscheidungswege dahin. Dazu braucht man die Medien.

Mit der Konzentration des Kapitals wächst auch die Konzentration in der Wirtschaft. In allen Branchen entstehen immer grössere Gebilde, deren Lobby nicht nur extern, sondern auch intern auf subtile Art und Weise Interessen schützt und durchsetzt. So auch bei den Medien, die selbst immer mehr zu einer neoliberalen Bewusstseins-Industrie umgezüchtet werden.

Die Medien – seien es Zeitungen, Zeitschriften, oder Fernsehen – können ohne Werbung nicht existieren und sind somit abhängig von den Auftraggebern für Inserate und Werbespots. Chefredaktoren müssen mit dem Entzug von Werbeaufträgen rechnen wenn sie gewisse wirtschaftskritische Berichte veröffentlichen. Solche erpresserische Drohungen sind eigentlich verboten, dennoch bestimmen sie das Mass an Kritik und die Qualität von Information in den meisten Redaktionen.

Es gibt keine Pressefreiheit. Die Interessenvertreter, die sie verhindern sind mächtig.

Ein kritisch-informativer Journalismus zu den grundlegenden Funktionen von Geld und Wirtschaft ist deshalb in den Massenmedien kaum existent.



Es ist wichtig zu verstehen, dass Medienkonzerne nicht lediglich das neoliberale Projekt unterstützen. Sie sind das neoliberale Projekt.

Arundhati Roy
indische Schriftstellerin

Pressekonzentration in der Schweiz

Innerhalb von zwanzig Jahren, genauer: zwischen 1980 und 1999, hat sich die Anzahl der Zeitungen und Zeitschriften in der Schweiz um ein Viertel verringert. Der stärkste Rückgang fand zwischen 1995 und 1998 statt. Von den Fusionen und Einstellungen waren in erster Linie Lokal- und Regionalzeitungen mit Auflagen von weniger als zehntausend Exemplaren betroffen. Besonders deutlich ist diese Entwicklung bei der Tagespresse: Während 1980 noch 143 Zeitungen täglich erschienen, verminderte sich deren Zahl bis 1999 um siebenzig Titel, wobei die Deutschschweiz fast die Hälfte verlor. In den letzten Jahren hat der publizistische Wettbewerb in vielen Städten und Regionen der Schweiz derart abgenommen, dass bei der Tagespresse heute in sechzehn von sechsundzwanzig Kantonen faktisch eine Monopol-Situation herrscht. Wie gross der qualitative Verlust bei der zunehmenden Medienkonzentration ist, bleibt ebenso offen wie das Ausmass des daraus entstehenden Manipulationspotentials.

Nirgends wird die Diktatur des Stärkeren so sehr verbreitet wie im Fernsehen und in den Zeitungen.

Den fehlenden Mut von Journalisten verkauft man uns als Meinungsvielfalt.

Wenn die Journalisten aufhören, das Desaster der Machtwirtschaft zu leugnen und zu verharmlosen, erst dann dürfen wir von Fortschritt reden.

Stoff zum Augen öffnen

Das Geschwätz von der freien Marktwirtschaft
Guggenbühl / Gasche / Vontobel / 1996
ISBN 3-907768-15-9

Globalisierung von unten
Maria Mies / 2001
ISBN 3-434-53084-3

Planet des Ungehorsams
Eric Frank Russell / 1998
ISBN 3-88220-215-7

www.inwo.ch

INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG (INWO)

Wichtige Ursachen wachsender Existenzangst und Hoffnungslosigkeit sind das herrschende Geldsystem und das Bodenrecht. Die politisch und konfessionell unabhängige INWO Schweiz verweist auf Alternativen, welche existierende Besitzstände nicht angreifen. Werden Sie jetzt Mitglied oder Gönner.

INWO Schweiz, Bahnhofstrasse 102, Postfach, CH-5001 Aarau
Tel 062 822 84 86 Fax 062 823 67 55 e-mail: contact@inwo.ch

PC-30-1771-2

Der genügsame Bürger steht immer einer Bande von Kapitaleignern gegenüber, die jeden Ansatz von Kritik schon in der Luft zerreißen lässt und die Demokratie für ihre Profite laufend missbrauchen darf.